

Anfrage über die Reduzierung der Bezugspersonen für Volksschulkinder und deren Ausbildung

eröffnet am 26. Mai 2014

Die Volksschulen im ewigen Wandel – gesellschaftliche Veränderungen und Erwartungen werden seit jeher von der Volksschule aufgefangen und umgesetzt. Die Unterrichtsinhalte und -organisation werden mit jeder vollzogenen Schulreform umfangreicher und komplexer. Dadurch verändern sich auch die Ausbildung und die Schulsituation.

Mit der Integration/Inklusion von Lernenden mit Lernschwierigkeiten, -störungen und Behinderungen aller Art werden den Klassenlehrpersonen der Primarschule und der Sekundarschule Niveau C eine bis mehrere fachverantwortliche Personen für die Förderangebote (IS, IF, DaZ, SSA) zur Unterstützung an die Seite gestellt.

Mit der Einführung von Frühenglisch und Frühfranzösisch in der Primarschule mussten sich viele Lehrpersonen für die Unterrichtsbefähigung nachqualifizieren. Wo dies nicht geschah, wurden Fachlehrpersonen eingesetzt.

Die pädagogische Hochschule hat seit Beginn ihrer Tätigkeit Lehrpersonen für die Primarstufe ausgebildet, welche nicht mehr über das gesamte Fachspektrum verfügen. So besteht für die Schulleitungen die Möglichkeit nicht, eine PH-Absolventin/einen PH-Absolventen ohne beträchtliche Qualitätseinbussen für 100 Prozent an der gleichen Klasse zu beschäftigen.

Dass die Zeiten vorbei sind, bei denen eine Lehrperson alles abdecken kann, zeigt sich an der Wochenstundentafel der Lernenden, welche über einem 100-Prozent-Pensum liegt. So waren früher eine bis drei Bezugspersonen üblich, und heute sind es bereits drei bis sieben Bezugspersonen.

Somit werden die Bezugspersonen für die Lernenden einer Klasse grösser, was für die Lernenden und Lehrpersonen nicht zum Vorteil wird. Unter den Lehrpersonen sind immer mehr Absprachen (IF, TG, Fremdsprachen, Teilzeitpensen) nötig, was zu einer spürbaren Mehrbelastung für alle Lehrpersonen im Schulalltag führt.

Das Bundesamt für Statistik zeigt auf, dass rund 50 Prozent aller Lehrpersonen in den ersten fünf Berufsjahren aussteigen. Rund ein Fünftel aller PH-Abgängerinnen und -Abgänger steigen noch im ersten Berufsjahr aus. Die Gründe bleiben unbekannt.

Wir bitten den Regierungsrat, dazu folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie wirkt man den vielen Bezugspersonen der Lernenden in der Volksschule entgegen?
2. In verschiedenen Kantonen wurde diese Problematik bereits erkannt, und es laufen erste Projekte. Gibt es dazu erste Erkenntnisse oder Resultate?
3. Welche Fächer und welches Pensum muss eine Klassenlehrperson (Primarstufe/Sekundarstufe) im Minimum abdecken, um diese Funktion auszuüben?
4. Welche Veränderungen sind am Ausbildungskonzept der PH zu erwarten?
5. Würde eine breitere Ausbildung der Lehrpersonen an der PH, mit mehr Pflichtfächern, die Situation für Schulleiter, Teambildung und Schüler verbessern?
6. Wie wird damit umgegangen, dass immer mehr Lehrpersonen Fächer unterrichten, in welchen sie nicht ausgebildet sind?
7. Basieren die wissenschaftlichen Theorien der PH-Ausbildner von gutem und zukunftsorientiertem Unterricht auf eigenen jahrelangen praktischen Erfahrungen?
8. Wer kontrolliert die Ausbildung an der PH? Wer hat die Qualitätskontrolle inne? (Ein Fünftel der Absolventen, welche danach nicht einmal ein Berufsjahr aufweisen.)
9. Wie gedenkt man die Lehrpersonen zu entlasten und zu motivieren (ohne den Steuerzahler zu belasten), damit die Lehrpersonen ihren Beruf länger ausüben?
10. Wäre eine stärkere Selektion der PH-Studentinnen und PH-Studenten sinnvoll?
11. Ein PH-Studium kostet den Steuerzahler viel Geld. Wäre eine Verpflichtung zur Berufsausübung für einen längeren Zeitraum vertretbar?

Knecht Willi
Lang Barbara
Graber Christian
Furrer-Britschgi Nadia
Schärli Thomas
Müller Pirmin
Omlin Marcel
Troxler Jost
Müller Guido
Hartmann Armin
Zimmermann Marcel
Schmid Werner
Lüthold Angela
Arnold Robi
Thalmann-Bieri Vroni
Dahinden Erwin
Winiger Fredy
Dickerhof Urs
Müller Pius
Stöckli Ruedi
Winiker Paul
Keller Daniel
Graber Toni
Camenisch Räto B.